Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr.86/19.05.2017

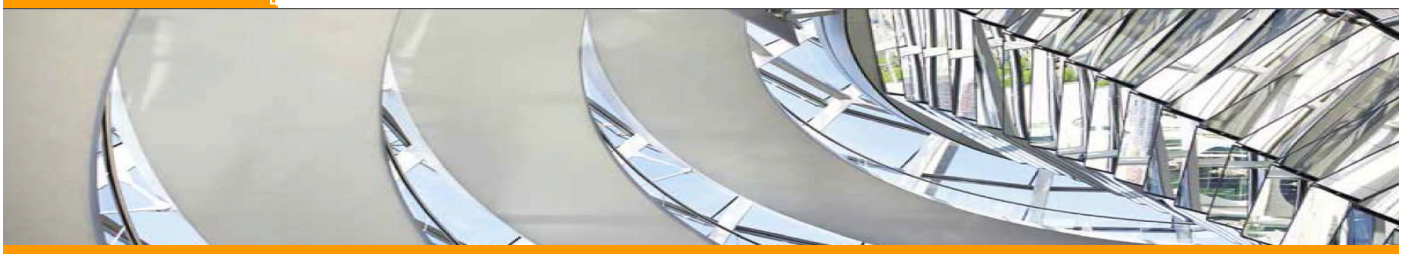
Liebe Leserinnen und Leser,

klare Inhalte schlagen inszenierten Hype – das ist eine der Lehren aus den letzten drei Landtagswahlen. Die Wahlerfolge der CDU wurden nicht von Wellen der Euphorie getragen. Es waren klare Arbeitssiege, die mit Schlüsselthemen wie Innere Sicherheit, Bildung, Infrastruktur und Beschäftigungsförderung errungen wurden. Ob im Saarland, in Schleswig-Holstein oder im „SPD-Stammland“ NRW, die Wählerinnen und Wähler haben ihre Lebenssituation jeweils realistisch eingeschätzt und auf die Problemlösungskompetenz der CDU und ihrer Spitzenkandidaten vertraut.

Neben spezifisch landespolitischen Themen, wie der desaströsen Regierungsbilanz von Rot-Grün in NRW, beschäftigt die Menschen auch die Sicherheit Deutschlands in einer instabilen Welt. Die Bundeskanzlerin gilt nicht nur in unserem Land als erprobte Krisenmanagerin, die Europa mit ihrer verlässlichen Politik zusammenhält. Die Deutschen vertrauen auf ihre Erfahrung.

Über globale Fragen hinaus braucht unser Land Rahmenbedingungen, die es uns ermöglichen, auch in Zukunft wirtschaftlich erfolgreich zu bleiben sowie den gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, dort zu stärken, wo sich die Bürger über ihre Zukunft und ihr Lebensumfeld sorgen. Die Union arbeitet deshalb intensiv an Lösungen, wie gute Arbeit, soziale Sicherheit und Innovationsfähigkeit im Zeitalter der Digitalisierung gemeinwohlverträglich gestaltet werden können. Denn wer die Arbeitsplätze von Morgen schafft, sichert langfristigen Wohlstand und damit die Basis sozialer Gerechtigkeit. Mit Blick auf die gegenwärtige Lebenssituation von Familien mit mittleren und geringen Einkommen, müssen allerdings möglichst zeitnah steuerliche Entlastungen erfolgen. Deutschland befindet sich in sehr guter Verfassung, um die gezielten Steuerentlastungen zu schultern und den Sprung in die digitalisierte Wirtschaft zu meistern.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre



Impressum
Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/ 227 –77217
Telefax: 030/ 227—76749
annette.widmann-mauz@bundestag.de

Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 86/19.05.2017

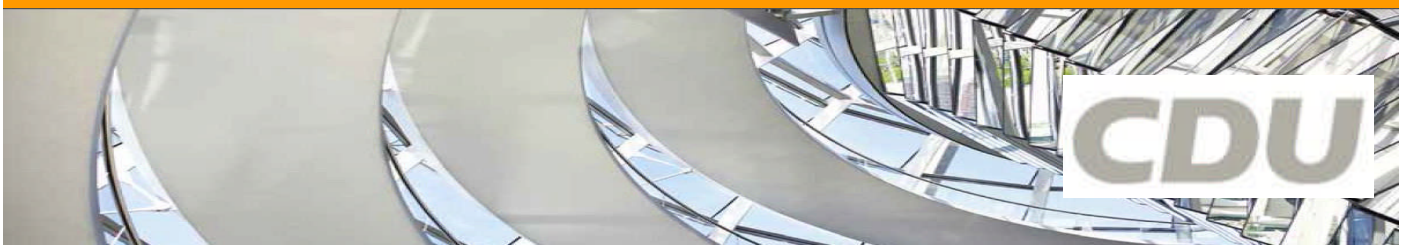
Aktuelles

Entwicklungspolitischer Bericht der Bundesregierung – Deutschland erhöht Entwicklungshilfe

In dieser Sitzungswoche stellte die Bundesregierung den 15. Entwicklungspolitischen Bericht im Plenum des Deutschen Bundestages vor. Der Bericht wird alle 4 Jahre vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im Auftrag der Bundesregierung erstellt. Er dokumentiert die entwicklungspolitische Arbeit der gesamten Bundesregierung und schlägt Lösungen zur Bewältigung der globalen Herausforderungen vor. Der aktuelle Bericht zeigt: Entwicklungspolitik ist wichtiger denn je. Sie ist Grundlage für einen ausbalancierten Globalisierungsprozess mit Zukunftsperspektive. Deutschland nimmt sich dieser Verantwortung an und stellt sich den Herausforderungen. Konkrete Initiativen der Entwicklungspolitik fokussieren unterschiedliche Schwerpunkte weltweit, etwa Zukunftsperspektiven für die Menschen in der Region um Syrien, Innovationen in der Landwirtschaft für eine Welt ohne Hunger oder Bündnisse für fairen Handel.

Der Bericht zeigt aber auch: Noch immer leiden weltweit 800 Millionen Menschen an Hunger, über 700 Millionen gelten weiterhin als extrem arm und nie waren so viele Menschen auf der Flucht wie heute. Daher ist eine vielseitige Entwicklungspolitik mit vielfacher Wirkung besonders wichtig. Mit einem Bündnis für nachhaltige Textilien verbessern sich die sozialen und ökologischen Bedingungen in den Produktionsländern. Durch 14 grüne Innovationszentren in Afrika und Asien und der Sonderinitiative "EINEWELT ohne Hunger" steigen die Erträge von über 800.000 kleinbäuerlichen Betrieben. Mehr als eine Million Kinder im Umfeld der Syrien-Krise können mit deutscher Hilfe zur Schule gehen. Dank einer deutschen G7-Initiative profitieren bis 2020 zusätzlich 400 Millionen Menschen von Versicherungen gegen Dürre und andere klimabedingte Risiken. Darüber hinaus hat das BMZ in einem Marshallplan mit Afrika Vorschläge für eine neue Partnerschaft mit dem Nachbarkontinent in die nationalen und internationalen Debatten eingebracht. Die Eckpunkte zielen auf mehr Investitionen der Wirtschaft, fairen Handel und Reformen in den afrikanischen Staaten. Mehr Wertschöpfung vor Ort und Investitionen in Bildung und Ausbildung schaffen Jobs und Perspektiven für Afrikas Jugend.

Bei allen Maßnahmen wird deutlich, dass Deutschland vor allem in Afrika auf das Prinzip des Forderns und Förderns in Form einer fairen Partnerschaft und nicht etwa auf das Geber-Nehmer-Prinzip setzt. Denn nur durch Schaffung von Perspektiven und mit Eigenverantwortung können auch natürliche Lebensgrundlagen für nachfolgende Generationen erhalten werden.



Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 86/19.05.2017

Aktuelles

Durchbruch bei Reform der Bund-Länder-Finanzen

In dieser Woche haben sich die Koalitionsfraktionen zur Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen verständigt, die in der nächsten Sitzungswoche des Deutschen Bundestages beschlossen werden sollen. Die Einigung, die auf Absprachen zwischen Bund und Ländern basiert, kommt zum richtigen Zeitpunkt, da 2019 der Solidarpakt II, aus dem die ostdeutschen Länder und Berlin Geld erhalten. Zudem dürfen die Länder nach der Schuldenregel ab 2020 keine neuen Schulden mehr aufnehmen.

Vereinbart wurde, dass der Länderfinanzausgleich in seiner jetzigen Form abgeschafft wird. Zukünftig wird ein Finanzkraftausgleich zwischen den Ländern vor allem nach Maßgabe der Einwohnerzahl mit zusätzlichem Ausgleich der Finanzkraftunterschiede über die Umsatzsteuer geregelt. Neu eingeführt werden u.a. Bundesergänzungszuweisungen zum Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft. Zudem kann der Bund künftig Sanierungshilfen an das Saarland und Bremen gewähren. In das neue Ausgleichsystem zahlt der Bund ab 2020 jährlich knapp 10 Mrd. Euro. Dieser Betrag nimmt in den Folgejahren zu. Der Bundestag hat neben einem Unterrichtungsrecht über die Finanzkraft der Länder auch ein parlamentarisches „Kündigungsrecht“ durchgesetzt, sodass nicht nur die Bundesregierung und die Länder ab 2030 neue Bund-Länder-Reformen anstoßen können.

Zudem wurden folgende Neuregelungen vereinbart:

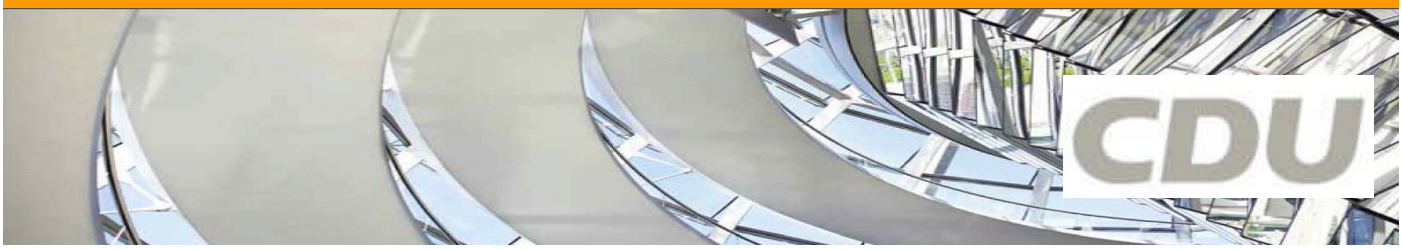
Förderung von Investitionen: Wenn der Bund den Ländern und Kommunen Finanzhilfen für Investitionen nach Art. 104b GG gewährt, soll er in Zukunft mehr Mitwirkungsrechte bei der Programmausgestaltung erhalten.

Hilfe für finanzschwache Kommunen: Mit dem neuen Art. 104c GG wird die Grundlage dafür geschaffen, dass der Bund finanzschwache Kommunen bei der Sanierung von Schulen unterstützen kann.

Kontrolle des Bundesrechnungshofes (BRH): Der BRH erhält erweiterte Erhebungsrechte, wenn Landesaufgaben vom Bund mitfinanziert werden.

Steuerverwaltung: Die Zusammenarbeit von Bund und Ländern beim Vollzug der Steuergesetze durch die Länder wird aus Effizienzgründen modernisiert.

Digitalisierung: Um bundesweit vergleichbare Standards herzustellen, richtet der Bund ein zentrales Bürgerportal ein, über das auch die Länder und Kommunen ihre Online-Dienstleistungen bereitstellen.



Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 86/19.05.2017

Aktuelles

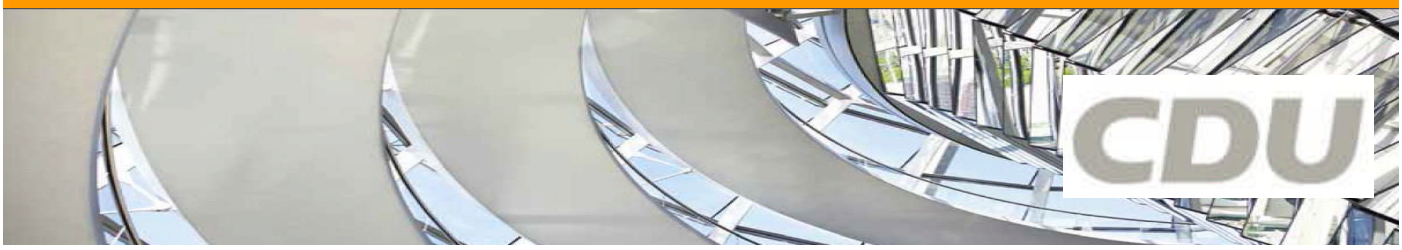
Infrastrukturgesellschaft: Mit einer Infrastrukturgesellschaft werden die Bundesautobahnen in unmittelbare Bundesverwaltung übernommen. Es wird weder eine Privatisierung von Autobahnen, noch der neuen Infrastrukturgesellschaft geben. Der Bund bleibt grundgesetzlich abgesichert Eigentümer. Öffentlich-Private-Partnerschaften sind nur auf einzelnen Streckenabschnitten möglich. Ziel ist es, Reibungsverluste zwischen Bundes- und Länderzuständigkeiten abzubauen, um die Modernisierung des Autobahnnetzes effizient umzusetzen.

Unterhaltsvorschuss: Um die Situation Alleinerziehender weiter zu verbessern, wird zum 1. Juli 2017 beim Unterhaltsvorschuss die bisherige Begrenzung der Bezugszeit auf sechs Jahre aufgehoben und die Altersgrenze von 12 auf 18 Jahre erhöht. Für Kinder zwischen 12 und 18 Jahren besteht, sofern ein Elternteil säumig ist, ein Anspruch auf Unterhaltsvorschuss, wenn das Kind nicht auf SGB II-Leistungen angewiesen ist oder wenn der/die Alleinerziehende im SGB II-Bezug ein eigenes Bruttoeinkommen von mindestens 600 Euro erzielt.

Soziale Netzwerke in die Pflicht nehmen

In 1. Lesung wurde im Plenum das Netzdurchsetzungsgesetz (NetzDG) beraten. Mit dem Gesetz wird erreicht, dass geltendes Recht überall gleichermaßen durchgesetzt wird. Mit dem Gesetz wird noch einmal deutlich unterstrichen: Hass, Hetze und Verleumdungen sind strafbar! Plattformbetreiber, wie etwa Facebook, sind bereits verpflichtet, strafbare Inhalte zu löschen, sobald sie davon Kenntnis erlangen. Allerdings entziehen sich die Plattformbetreiber bislang ihrer Verantwortung. Mit dem NetzDG werden Betreiber von sozialen Netzwerken und Plattformen verpflichtet, ein leicht erkennbares, erreichbares und ständig verfügbares Verfahren für Beschwerden über strafbare Inhalte einzurichten.

Klar ist: Der freie Meinungsaustausch ist einer der nicht verhandelbaren Werte einer offenen, freiheitlichen demokratischen Gesellschaft. Der Gesetzentwurf greift diesen Wert nicht an. Doch legales Handeln und Verhalten haben sowohl in der analogen als auch in der digitalen Welt Grenzen. Und wo diese Grenzen überschritten werden, muss die Möglichkeit zum wirksamen Eingreifen gegeben sein.



Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 86/19.05.2017

Aktuelles

Härtere Bestrafung von Einbruchskriminalität - Änderung des Strafgesetzbuches

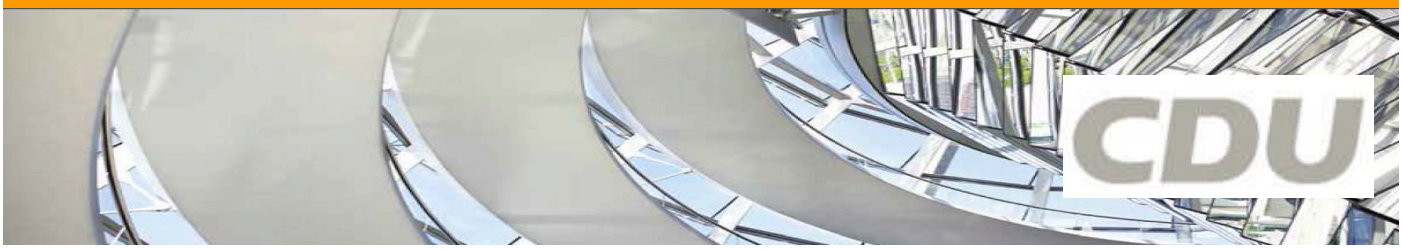
Seit langem hat die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag angestrebt, die Strafgesetze zum Wohnungseinbruchsdiebstahl zu verschärfen. Nach der Verbesserung der Prävention durch das KfW-Programm zum Einbruchschutz soll nun auch das Strafrecht angepasst werden. Am Freitag der aktuellen Sitzungswoche berieten die Mitglieder des Bundestages in 1. Lesung den Entwurf zur Änderung des Strafgesetzbuches.

Die höhere Strafandrohung dient nicht nur der Abschreckung, sondern soll der hohen Zahl von Verfahrenseinstellungen entgegenwirken und den Verfolgungsdruck erhöhen. Zudem sollen die Ermittlungsbehörden künftig Funkzellendaten abfragen können, sodass sie den immer professioneller agierenden Banden besser auf die Spur kommen. Damit werden wichtige Forderungen der Unionsfraktion umgesetzt. So werden Einbrecher künftig härter bestraft. Ihnen droht eine Mindeststrafe von einem Jahr. Diese Maßnahmen sollen den steigenden Einbruchszahlen entgegenwirken. Wohnungseinbrüche sind für die Betroffenen oft sehr traumatisierend, dringen die Einbrecher doch in die engste Privatsphäre der Opfer ein.

Polizei und Justiz können mit den angestrebten Gesetzesänderungen effektiver gegen die Einbruchskriminalität vorgehen. Die Ermittler werden damit auch die sogenannte Vorratsdatenspeicherung nutzen können. Zur Ermittlung der Täter kann unter Voraussetzung eines richterlichen Beschlusses künftig auf die Funkzellen- und Verbindungsdaten zurückgegriffen werden. Diese Ermittlungsansätze sind wichtig, um die Aufklärungsquote zu erhöhen und deutlich mehr Täter zu überführen.

Ihnen allen einen schönen Christi Himmelfahrtstag

(Foto: CDU Deutschland/Christiane Lang)



Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 86/19.05.2017

Aktuelles

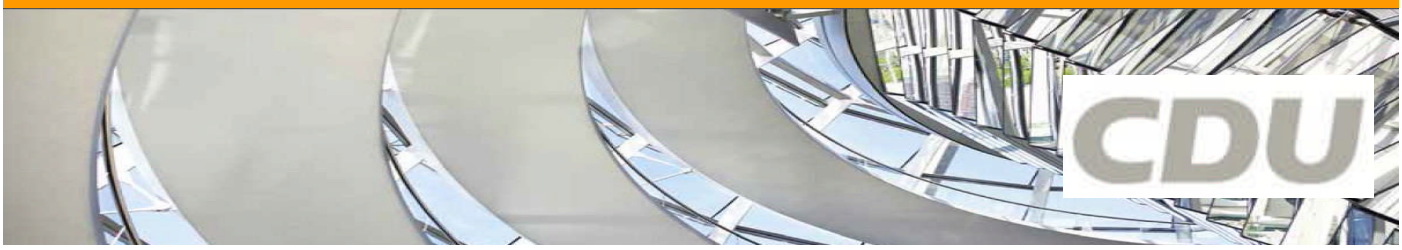
Bessere Durchsetzung der Ausreisepflicht

Ebenfalls in dieser Sitzungswoche wurde im Deutschen Bundestag das Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht beschlossen. Die Bundesregierung erleichtert damit die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber und verschärft die Regeln für sogenannte Gefährder. Das Gesetz erfasst Personen, von denen eine erhebliche Gefahr für Leib und Leben oder die innere Sicherheit ausgeht. Sind diese sogenannten Gefährder ausreispflichtig, können sie künftig leichter in Abschiebehaft genommen oder vor ihrer Abschiebung stärker überwacht werden. In Fällen, in denen eine Abschiebung nicht möglich ist, kann ein Gefährder verpflichtet werden, eine sogenannte elektronische Fußfessel zu tragen.

Zudem erhält das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit der Gesetzesänderung weitere Befugnisse zur Feststellung der Identität von Asylsuchenden. Das gilt, wenn der Antragsteller keine gültigen Ausweispapiere vorlegt. In diesem Falle kann das Bundesamt die Herausgabe von Mobiltelefonen und anderen Datenträger verlangen und diese auswerten. Ziel ist es, beispielsweise Hinweise auf die Staatsangehörigkeit zu finden. Ausländerbehörden verfügen bereits über eine solche Befugnis.

Darüber hinaus können die Bundesländer neu ankommende Asylsuchende verpflichten, für einen bestimmten Zeitraum in einer Erstaufnahmeeinrichtung zu wohnen. Bei guter Bleibeperspektive werden sie dann auf die Kommunen verteilt. Für Asylsuchende ohne Bleibeperspektive kann diese Verpflichtung durch die Länder verlängert werden. Die Person kann dann direkt aus der Erstaufnahmeeinrichtung zurückgeführt werden.

Das BAMF darf künftig Informationen über mögliche Gefährder an die Sicherheitsbehörden weitergeben. Außerdem beinhaltet das Maßnahmenpaket räumliche Beschränkungen für Asylbewerber, die falsche Angaben über ihre Identität machen. Zudem soll das Ausreisegewahrsam von vier auf zehn Tage verlängert werden. Jugendämter sollen schneller als bisher für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge Asylanträge stellen. So kann frühzeitig geklärt werden, wie sich ihr Aufenthaltsstatus entwickelt.



Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 86/19.05.2017

Aktuelles

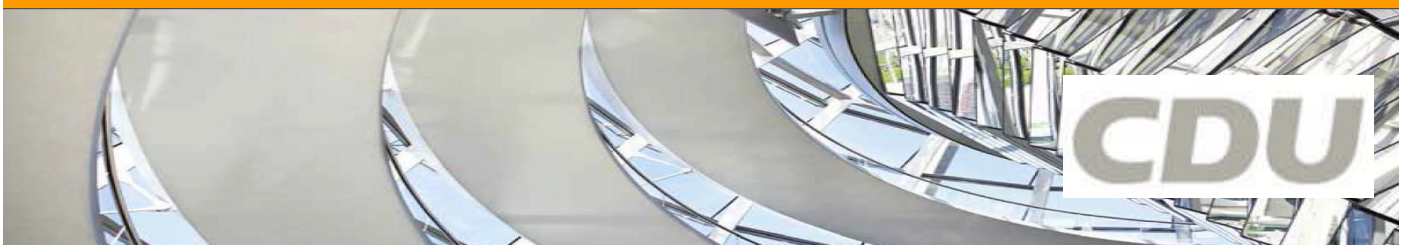
Als Junior-Botschafterin oder -Botschafter in die USA

In diesem Jahr vergibt der Deutsche Bundestag wieder Stipendien für ein Auslandsjahr in den USA. Das Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP) ist ein Austauschprogramm des Deutschen Bundestages und des amerikanischen Kongresses, bei dem Bundestagsabgeordnete für die Jugendlichen eine Patenschaft übernehmen. Die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit und Bundestagsabgeordnete Annette Widmann-Mauz MdB unterstützt das Programm regelmäßig, um den Jugendaustausch in ihrem Wahlkreis zu fördern.

Widmann-Mauz MdB: „Das Austauschprogramm ist eine tolle Möglichkeit für Schülerinnen und Schüler sowie junge Berufstätige, für ein Jahr in den Vereinigten Staaten zu leben und auf diesem Wege die Menschen, ihre Kultur und die Politik dieses so vielseitigen Landes hautnah zu erleben. So werden die deutschen Schüler eine High School besuchen, die jungen Berufstätigen gehen auf ein College und absolvieren anschließend ein Praktikum in einem amerikanischen Betrieb. Besonders jetzt wird auch unter Schülerinnen und Schülern und jungen Leuten intensiv zum Thema USA diskutiert. Mit dem Austausch erhalten sie die Möglichkeit, als Junior-Botschafter direkt voneinander zu lernen, Gemeinsamkeiten zu entdecken und lebenslange Eindrücke mit nach Hause zu nehmen und davon zu berichten.“

Die Bundestagsabgeordneten nominieren in den Wahlkreisen die PPP-Stipendiatinnen und Stipendiaten nach einer unabhängigen Vorauswahl und übernehmen für sie eine Patenschaft. Im Dezember 2017 entscheidet sich, welches Mitglied des Bundestages in einem Wahlkreis parlamentarischer Pate für das Austauschjahr 2018/2019 wird. Bewerben können sich Schülerinnen und Schüler, die zum Zeitpunkt der Ausreise (31.7.2018) mindestens 15 und höchstens 17 Jahre alt sind. Junge Berufstätige müssen bis zur Ausreise (31.7.2018) ihre Berufsausbildung abgeschlossen haben und dürfen zu diesem Zeitpunkt höchstens 24 Jahre alt sein. „Ich bin mir sicher, dass der Wahlkreis Tübingen-Hechingen auch im bevorstehenden Austauschjahr mit großem Interesse und Lust auf einzigartige Erfahrungen hervorragend in den USA vertreten sein wird. Auf die zahlreichen Bewerbungen freue ich mich schon jetzt!“, so die Parlamentarische Staatssekretärin.

Alle Informationen zum PPP und zur Bewerbung: www.bundestag.de/ppp. Die Bewerbungsfrist endet am 15. September 2017.



Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 86/19.05.2017

Aktuelles

Ältere Menschen stehen im Ruhestand besser da

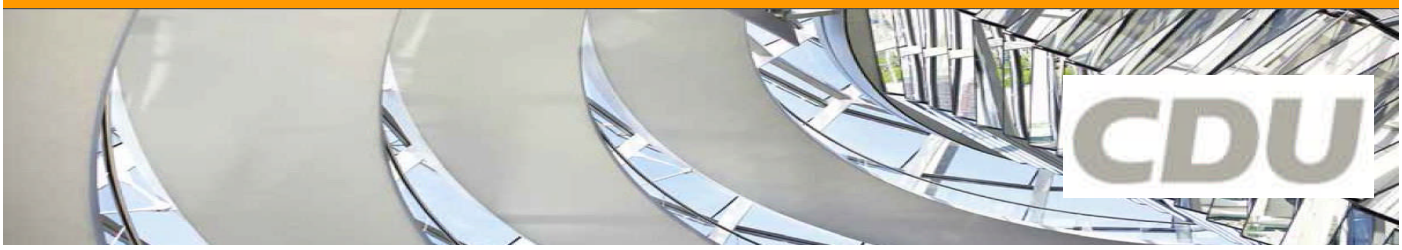
Die Lebensverhältnisse älterer Menschen sind oft mit der Sorge um eine mögliche drohende Altersarmut belastet. Doch den Deutschen geht es im hohen Alter besser als gedacht. Das zeigt sich an dem durchschnittlich starkem Zuwachs des Realeinkommens der Ruheständler. Während sich im Jahr 1984 mehr als 31 Prozent der Menschen ab 65 Jahren im unteren Einkommensfünftel der Gesamtbevölkerung bewegte, waren es 2014 lediglich rund 19 Prozent. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich ihre Zugehörigkeit im obersten Einkommensfünftel von 12 auf 14 Prozent. Verantwortlich dafür ist ein Anstieg des Realeinkommens der 65-74-Jährigen seit den 80er Jahren von rund 52 Prozent. Dieser Umstand hängt u. a. mit ergänzenden Alterseinkommen, mit der Verteilung der Einkommen im Haushalt sowie mit der Haushaltszusammensetzung zusammen.
(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln)

(Foto: CDU Deutschland/Dominik)

Daten & Fakten

Deutschlands Exporte und Importe klettern auf neues Rekordhoch

„Made in Germany“ bleibt auch im März 2017 international gefragt, wie neuste Zahlen nahelegen. Deutsche Exporte stiegen um fast 11 Prozent, um rund 15 Prozent die Importe an. Damit hält Deutschland den positiven Trend aus dem Vorjahr aufrecht. Insgesamt wurden im März Waren im Wert von rund 118,2 Milliarden Euro ausgeführt, was einen Anstieg von 10,8 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat ausmacht. Die Importe erreichten mit 14,7 Prozent einen Rekordwert von 92,9 Milliarden Euro. Damit lag der Außenhandelsüberschuss bei 25,4 Milliarden Euro. Als Ursache hierfür wird die stabile „Weltoffenheit“ Deutschlands genannt.
(Quelle: Nachrichtenportal Deutscher Bundestag)

www.facebook.com/widmannmauz

www.twitter.com/AWidmannMauz